

Michael Luterbacher

Just Community: Gelebte Demokratie im Schulhaus

Auffälligstes Merkmal der direkten Demokratie sind große Versammlungen. Daran lehnen sich Just-Community-Schulen an, die direkte Demokratie erfahrbar machen, indem sie regelmäßig Schulversammlungen durchführen. Der folgende Beitrag stellt das Konzept vor. Anhand des Beispiels aus einer schweizerischen Schule wird gezeigt, wie auf diese Weise Probleme gelöst werden können.

Wenn Kinder mitreden, sind sie engagierter – und lernen mehr!

In einer Just-Community-Schule engagieren sich Schülerinnen und Schüler jeden Alters für die pädagogische Entwicklung ihrer Schule. Dieses Ansinnen ist nicht zufällig oder spontan, sondern hat System. Auffälligstes Merkmal ist die regelmäßige Versammlung der Schulgemeinschaft. Sie stellt das organisatorische Zentrum des auf den amerikanischen Psychologen und Pädagogen Lawrence Kohlberg (1986) zurückgehenden Erziehungsprogramms dar. Hier wird über Problemlösungen und Regeln mit Hilfe demokratischer Verfahren beschlossen. Diese haben anschließend Geltung und können das Schulleben grundlegend verändern (Oser & Althof, 2001). Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Programmstruktur nicht alleine auf die Klassenebene beschränkt, sondern zusätzlich die Schule als Ganzes berücksichtigt. Das Just-Community-Programm nimmt insofern eine schulsystemische Perspektive ein.

Erste und grundlegende Bedingung einer erfolgreichen Just-Community ist die Einführung von demokratischen Prozessen. Die Lernenden erhalten das Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung. Bei der aktiven Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse erfahren sie zudem, dass mit Rechten auch Pflichten einhergehen. Eine zweite Bedingung ist im Schulklima – der moralischen Atmosphäre – zu sehen (Power & Higgins-D'Alessandro, 2008). Schülerinnen und Schüler sollen ihre Schule als einen sicheren Ort erleben. Es braucht die Erfahrung, dass man sich gegenseitig zuhört und die Probleme und Konflikte des Zusammenlebens in einem Klima des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung ernsthaft diskutiert, um Entscheidungen zum Besten aller zu treffen. Erst auf dieser Basis steigt auch die Bereitschaft, selbst zum Gelingen dieser Gemeinschaft beizutragen.

Im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zur kompetenzorientierten demokratischen Bildung wird eine handlungsorientierte Auseinandersetzung postuliert, welche die Notwendigkeit sozialer, moralischer und demokratischer Kompetenzen für die konstruktive, kritische und verantwortungsbewusste Gestaltung der gemeinsamen Lebens- und Lernwelt Schule erfahrbar macht. Hier ist der Aufbau verstehenden Wissens und kognitive Entwicklung das Ziel der Erziehung. Anhand eines konkreten Beispiels soll deutlich werden, wie sich diese Forderung in der Praxis umsetzen lässt. Es entstammt der Just-Community-Praxis einer schweizerischen Schule der Sekundarstufe 1 mit ca. 350 Lernenden (Luterbacher, 2009). Der beschriebene idealtypische Versammlungszyklus zeigt auf, wie sich eine Problemstellung bearbeiten lässt. Die deutliche Parallele zu den Stufen im Politikzyklus verweist zudem auf den Stellenwert für das Politik-Lernen der Heranwachsenden.

Versammlungszyklus: Inhalte – Strukturen – Prozesse

Die Einführung und Etablierung eines Just-Community-Programms erfolgt anhand von fünf bewährten Strukturelementen, deren Zusammensetzung und Funktionsweise genau beschrieben ist (z.B. Althof & Stadelmann, 2009): Als pädagogische Elemente sind dies die Schulversammlung, die Vorbereitungsgruppe, das Fairness-Team und der Klassenrat, als professionelles Element die pädagogische Teamsitzung.

In unserem Beispiel war eine Schülergruppe mit der geltenden Pausenordnung unzufrieden und sammelte Unterschriften, um dem eigenen Anliegen Nachdruck zu verleihen. Im Streben, den Entscheidungsspielraum mög-

lichst offen zu halten und Themen zu ermöglichen, die für die Heranwachsenden von Bedeutung sind, ließ sich die Lehrerschaft auf dieses Thema ein.

1. Problemstellung darlegen

Die erste Schulversammlung war darauf ausgerichtet, die Problemstellung nachvollziehbar darzulegen. Dabei wurde deutlich, dass manche Lehrpersonen ihre Klassen offensichtlich während der großen Pause nach draußen auf den Schulhof schickten, während andere den Aufenthalt im Klassenzimmer oder innerhalb der Korridore erlaubten. Diese uneinheitliche und aus Sicht der Initiatoren ungerechte Pausenpraxis galt es zu ändern. Die Gruppe schlug vor, dass zukünftig für alle sowohl die Schulräumlichkeiten wie auch der Schulhof für den Pausenaufenthalt zur Verfügung stehen sollten.

2. Öffentliche Meinungsbildung

Innerhalb der anschließenden Plenardiskussion erhielten die Versammlungsteilnehmenden Gelegenheit, direkt zum vorgebrachten Anliegen Stellung zu beziehen. Die vorgebrachten Meinungen und Lösungsvorschläge sowie die jeweiligen Argumente wurden schriftlich festgehalten. Als aktiv Teilnehmende dieser Polis sprachen auch die Lehrpersonen ihre eigenen Wahrnehmungen und Meinungen an. Es gelang ihnen, eine Frontenbildung zwischen Lehrpersonen und Lernenden zu vermeiden, indem Sie über einen gepflegten – und ernst gemeinten – Meinungsstreit demonstrierten, dass es in Blick auf die zur Diskussion stehenden Frage keine einfachen Lösungen oder eindeutigen Antworten gibt. Die Versammlung einigte sich darauf, dass eine vertiefte Diskussion erst nach Abklärung der rechtlichen Vorgaben sinnvoll sei. Diese wurden an einzelne Schülergruppen delegiert und betrafen bau- und schulrechtliche Aspekte.

In der Folgeversammlung wurden die Ergebnisse der getroffenen Abklärungen gegenüber der Schulgemeinschaft kommuniziert. Die nach heutiger Norm zu niedrig angebrachten Klassenzimmerfenster schränkten den vorhandenen Verhandlungsspielraum ein, da für diesen Fall der unbeaufsichtigte Aufenthalt in den Schulräumen der oberen Stockwerke verboten war. Die weitere Diskussion erfolgte innerhalb von Kleingruppen, aus organisatorischen Gründen in Form der Klassenräte. Ein Diskussionsauftrag der Vorbereitungsgruppe unterstützte den Prozess und schuf Verbindlichkeit: die kritische Diskussion der vorliegenden (und ggf. auch zusätzliche) Lösungsvorschläge sowie die Beurteilung möglicher Konsequenzen unter Berücksichtigung von Gerechtigkeits- und Fairnessfragen. Als Ergebnis hielt jede Klasse die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente schriftlich fest. Da mehrere praktikable Lösungsvorschläge vorlagen, galt es zudem, diese auf zwei favorisierte Vorschläge zu reduzieren. Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen wurden anschließend im Schlussplenum kurz erläutert und später im Korridor öffentlich ausgehängt.

3. Gemeinsames Entscheiden

Die Abstimmung über eine mögliche Problemlösung ist allein unter der Bedingung sinnvoll, dass Klarheit herrscht, was diese ausmacht und mit sich bringt. So wurden bis zur dritten Versammlung die ausgehängten Ergebnisse innerhalb der Klassenräte noch einmal diskutiert und die Abstimmungsvorlagen kritisch durchdacht. Im Schlussplenum der Schulgemeinschaft rundeten abstimmungsstrategisch geschickt vorgebrachte Voten zu Chancen und Schwierigkeiten der Umsetzung den öffentlichen Meinungsbildungsprozess ab und leiteten zur Abstimmung über. Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus, die Korridore, nicht aber die Unterrichtsräume als Aufenthaltsorte für die große Pause zuzulassen.

4. Umsetzung der Entscheidung

Die gefällte Entscheidung wurde per Anschlagbrett kommuniziert und die neue Regelung in die Schulordnung aufgenommen. Ab sofort stand es allen Lernenden frei, die Pause drinnen oder draußen zu verbringen.

5. Beurteilung der Konsequenzen

Das Fairness-Team der Schule, gebildet aus wechselnden Abgeordneten der Schüler- und der Lehrerschaft sowie des Schulsozialarbeiters erhielt den Auftrag, die Wirkung der Umsetzung und die damit verbundenen Konsequenzen nach einem Monat zu überprüfen. Hierzu erhielten die Klassenräte den Auftrag, die wahrgenommenen Änderungen zu diskutieren und in Form eines schriftlichen Fazits festzuhalten. Für die Lehrpersonen war die Diskussion der Konsequenzen ein Tagesordnungspunkt der Teamsitzung. Zudem wurde die Meinung der Schulleitung und des Hausmeisters in Einzelgesprächen aufgenommen.

6. Neue Problemstellung

Die gesammelten Daten zeigten eine weitgehende Zufriedenheit mit der Umsetzung der neuen Pausenordnung. Vandalismus und Garderobendiebstähle sorgten jedoch innerhalb der Schulgemeinschaft für Diskussionen. Gemeldet wurden einzelne Sachbeschädigungen und Fälle von Diebstahl. Ebenfalls störten eine mutwillig verstopfte Toilettenanlage sowie Abfälle hinter den Heizkörpern. Das Fairness-Team stellte in der Folge den Antrag, diese neue Problemstellung zum Thema der nächsten Schulversammlung zu machen und regte damit einen neuen Versammlungszyklus an.

Demokratisches Lernen ermöglichen

Das Beispiel zeigt, dass ein Just-Community-Programm für Schulen, die nach einem möglichst effizienten Management des Schullebens streben, das falsche Modell wäre. Es zeigt aber auch, wie Schülerinnen und Schüler lernen, mit anderen in einen Dialog zu treten, ihre Meinung auch gegen die Widerstände anderer zu vertreten und wie sie mit Dissens und auch der Langwierigkeit demokratischer Prozesse umzugehen lernen.

Wichtige Zielbereiche sind demnach die Entwicklung und Förderung von Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie methodischer Fähigkeiten. Urteilsfähigkeit wie z.B. moralisches Urteilsvermögen lenkt das Individuum und sorgt dafür, dass moralische Motivation nicht blind ist. Die Lernenden unseres Beispiels erkannten die Ungerechtigkeit der geltenden Pausenpraxis und waren bestrebt, die Problematik innerhalb eines zivilisierten argumentativen Meinungsstreits zu lösen. Sie zeigten sich zudem als (politisch) handlungsfähig, indem sie fähig waren, ihre eigene Meinung zu bilden, auszudrücken und begründen zu können und dabei auch die Sichtweise anderer ernst zu nehmen. Ohne methodische Fähigkeiten wäre aber autonomes Handeln unwahrscheinlich. So orientierten sich die Kinder selbständig zu den wichtigen Fragen, erfassten systematisch Sachverhalte und betrieben Lobbyarbeit. Sie wussten zudem eine Schulversammlung zu organisieren und zu leiten. Indem über die Versammlungen eine öffentliche Meinungsbildung ermöglicht und durch klassische Abstimmungsverfahren politische Macht demonstriert wurde, trug der Versammlungszyklus zum Erwerb demokratischer Diskurstugenden bei.

Literatur

- Althof, W., & Stadelmann, T. (2009). Demokratische Schulgemeinschaft. In W. Edelstein, S. Frank, & A. Sliwka (Eds.), *Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für Unterrichtsgestaltung und Schulalltag* (pp. 20–53). Weinheim: Beltz.
- Kohlberg, L. (1986). Der "Just Community"-Ansatz der Moralerziehung in Theorie und Praxis. In F. Oser, R. Fatke, & O. Höffe (Eds.), *Transformation und Entwicklung* (pp. 21–55). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luterbacher, M. (2009). "Together is better!" - Die Entwicklung einer Just-Community-Schule auf der Sekundarstufe I. *Lehren und Lernen*, 35(7), 19–24.
- Oser, F., & Althof, W. (2001). Die Gerechte Schulgemeinschaft: Lernen durch die Gestaltung des Schullebens. In W. Edelstein, F. Oser, & P. Schuster (Eds.), *Moralische Erziehung in der Schule* (pp. 233–268). Basel: Beltz.
- Power, C., & Higgins-D'Alessandro, A. (2008). The Just Community approach to moral education and the moral atmosphere of the school. In L. P. Nucci & D. Narvaez (Eds.), *Handbook of Moral and Character Education* (pp. 230–247). New York: Taylor & Francis.